

# Schiersteiner Zeitung

## Amts- Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend  
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)  
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallenser Zeitung)

Anzeigen  
finden die einpolige Koloniezeit  
über deren Raum 20 Pg.  
Reklame 60 Pg.

Bezugspreis  
normal 90 Pg. mit Bringer-  
satz 95 Pg. Durch die Post  
zweimal wöchentlich 2.55 M.  
auschl. Bestellgeb.

Erscheint: Dienstag, Donnerstag, Samstag  
Druck und Verlag  
Probst'sche Buchdruckerei  
Schierstein.  
Verantwortlicher Schriftleiter  
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 77.

Samstag, den 5. Juli 1919.

27. Jahrgang

### Bekanntmachung.

Diejenigen Kaufleute, die algerische Zigaretten im  
großen zum Preise von 12 bis 13 Francs die 1000  
und ab Hafen Alger kaufen wollen, wollen mir bis  
am 9. Juli ihre Bestellungen zukommen lassen.

Wiesbaden, den 2. Juli 1919.

Le Commandant de Juvigny,  
Administrateur militaire du Cercle  
de Wiesbaden (Campagne).  
signé: de Juvigny.

### Avis.

### Bekanntmachung.

Le ouvrage scolaire: "André's Erzählungen aus der Deutschen Geschichte", a été interdit par le Maréchal Commandant en Chef des Armées alliées.  
Les détenteurs de cet ouvrage remettront aux Maires pour le 10 juillet les exemplaires qu'ils possèdent en Maires feront parvenir à l'Administrateur pour le 15 juillet. Des sanctions seront prises par la suite soit contre les particuliers trouvés détenteurs de ce livre, soit contre les collectivités qui continueraient à se servir de cet ouvrage.

Wiesbaden, den 1. Juli 1919.

Le Commandant de Juvigny,  
Administrateur militaire du Cercle  
de Wiesbaden (Campagne).  
signé: de Juvigny.

### Avis.

### Bekanntmachung.

Il m'a été signalé que certains habitants, ont dissipé tout ou partie de leur mobilier. Il y a lieu faire remarquer qu'il n'a jamais dans les habitudes de l'armée française de piller maisons particulières. Autre part cette pratique peut constituer une gêne pour les troupes d'occupation les privant du nécessaire auquel elles ont droit.

En conséquence, sous la responsabilité personnelle du Gouverneur, tous les logements pourraient être réquisitionnés éventuellement par les troupes, devront être gracieusement du mobilier correspondant si une autorisation de transport de ce mobilier n'a pas été donnée.

Infolgedessen sind alle Wohnungen, die v. Truppen requirierte werden können, unter der persönlichen Verantwortung d. Bürgermeisters wieder mit dem entsprechenden Mobilier auszustatten, wenn für die betr. Mobil keine Transportgenehmigung erteilt wurde.

Wiesbaden, den 30. Juni 1919.

Le Commandant de Juvigny,  
Administrateur militaire du Cercle  
de Wiesbaden (Campagne).  
signé: de Juvigny.

### Hindenburg.

mz. Berlin, 4. Juli. Generalfeldmarschall v. Hindenburg richtete anlässlich seines Rücktritts an den Reichspräsidenten folgende Drohung:

Herr Präsident! Die Unterzeichnung des Friedensvertrages gibt mir zu folgender Erklärung Veranlassung: für alle Anordnungen und Handlungen der Obersten Heeresleitung seit dem 29. August 1918 trage ich die alleinige Verantwortung. Auch sind alle mit der Kriegsführung zusammenhängenden Entschlüsse und Befehle Sr. Maj. des Kaisers und Königs seit diesem Tage auf meinen ausdrücklichen Rat und unter meiner vollen Verantwortung gefasst und erlassen worden. Ich bitte, diese Erklärung zur Kenntnis des deutschen Volkes und der alliierten Regierungen zu bringen. (gez.) von Hindenburg, Generalfeldmarschall.

### Die Auslieferung des Kaisers.

Haga, 4. Juli. Die englischen Blätter geben eine Übersicht über das, was Deutschland kraft der Bestimmungen des Friedensvertrages nach der Ratifikation zu tun hat: Deutschland soll alle Akten aushändigen, die für den Prozeß gegen Wilhelm II. notwendig sind, und alle Informationen geben, die dazu erforderlich sein werden. Es soll ferner die Personen ausschließen, die des Kriegsverbrechens beschuldigt werden, u. a. die Offiziere, die verantwortlich sind für die Zerstörung von Dinant, Ardenne und Löwen. Deutschland soll auch sofort damit beginnen, seine Armee zu verringern, alle Munitionsfabriken schließen, alles Kriegsmaterial usw. abliefern. Sämtliche deutschen Kaufahrtschiffe über 1800 Tonnen sollen innerhalb zweier Monate ausgeliefert werden, ebenso die Hälfte der Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen. Italien soll jährlich am 1. Juli 4 1/2 Millionen Tonnen Kohlen erhalten. Innerhalb dreier Monate muß eine große Anzahl an Vieh und Pferden an Frankreich und Belgien zurückgeliefert werden.

### Der Prozeß gegen Kaiser Wilhelm.

mz. London, 4. Juli. (Havaa.) Der Prozeß des Kaisers dürfte in Law Courts vor einem Gerichtshof stattfinden, der aus britischen, französischen, italienischen und amerikanischen Richtern besteht. Maßnahmen würden unverzüglich ergriffen werden, um seine Auslieferung von der holländischen Regierung zu erhalten. — Das Unterhaus hat in erster Lesung dem Vorschlag bezüglich der Anwendung der Sanktionen des Friedensvertrages und der Genehmigung des französisch-englischen Bündnisses zugesagt.

### Der Eisenbahnerstreik in Frankfurt.

mz. Frankfurt a. M., 4. Juli. Zum biesigen Eisenbahnerausstand erfahren wir, daß die Streikleitung sich in einem Telegramm an das Ministerium zu Verhandlung bereit erklärt hat, daß dieses Telegramm aber, wie sich heute morgen bei einer telefonischen Unterredung der biesigen Streikleitung mit dem Ministerium herausstellte, in Berlin nicht angekommen ist. Die Streikleitung legt Wert darauf zu erklären, daß sich ihre Forderungen lediglich auf wirtschaftlichem Gebiet bewegen, und daß sie politischen Strömungen keinerlei Einfluß gewähren wird. Es handelt sich durchaus nicht um einen sogenannten wilden Streik, sondern die Bewegung liegt in den Händen der Organisation. Man werde bestrebt sein, in jeder Weise Schädigungen der Bevölkerung bezüglich der Lebensmittel zu verhindern.

Frankfurt a. M., 4. Juli. Die Frankfurter Eisenbahner nahmen gestern nachmittag in einer großen Versammlung erneut Stellung zum Ausstand. Es wurde auf die Beendigung des Eisenbahnerausstandes in Berlin und deren Folgen hingewiesen. Die Versammlung beschloß trotzdem, im Ausstand zu verharren unter der Losung: "Wer die stärksten Nerven hat, der siegt". Die Ausständigen wollten den Frankfurter Hauptbahnhof auf zwei Tage schließen und nur diejenigen Züge absfahren lassen, die in das besetzte Gebiet fahren müssen, sowie Arbeiterzüge. Man hört von Ausständigen, daß auch die Bezirke Hannover, Kassel und Erfurt sich der Bewegung anschließen werden. In den Wartesälen des Hauptbahnhofes saßen Hunderte von Reisenden, die in den Gasthöfen keine Aufnahme finden konnten.

### Der Friedensvertrag.

Im "Temps" beantwortet Edouard Clunet die Frage: Unter welchen Bedingungen wird ein Friedensvertrag ein endgültiges diplomatisches Instrument?

Wann tritt er in Kraft? Er führt u. a. folgendes aus: Der unterzeichnete Vertrag ist nicht ausreichend; er muß, um im internationalen Recht rechtmäßig zu sein, ratifiziert werden, und diese Ratifikation besteht in der formellen Annahme des Vertrags durch die souveräne Gewalt des unterzeichnenden Staates. In der provisorischen deutschen Reichsverfassung vom 10. Februar 1919 wird festgesetzt, daß ein Vertrag, um definitiv zu werden, von der Nationalversammlung und dem Staatenhaus gebildet sein muß. Sicherlich würden aber nach Clunets Ansicht die preußische und die bayerische Landesversammlung das Recht, ein Wort mitsprechen zu dürfen, fordern. In England hat die Krone im Prinzip die souveräne Macht, alle Verträge abzuschließen, nachdem sie die verantwortlichen Minister befragt hat. Aber in der Praxis der parlamentarischen Regierung intervenieren die Kammern jedesmal, wenn ein Vertrag ein schweres Interesse des Landes betrifft, z. B. einen Handelsvertrag. In den Vereinigten Staaten setzt die noch immer in Kraft stehende Bundesverfassung vom 17. September 1787 fest: "Der Präsident hat das Recht, die Verträge auf das Gutachten und die Zustimmung des Senats abzuschließen, vorausgesetzt, daß zwei Drittel der anwesenden Senatorn zustimmen."

In Frankreich setzt der Artikel 8 der "Konstitutionelle" Recht über die Beziehungen der öffentlichen Gewalt: "Der Präsident der Republik verhandelt und ratifiziert die Verträge. Friedensverträge aber sind erst definitiv, wenn sie durch beide Kammern genehmigt sind." Der Vertrag von Versailles vom 28. Juni 1919 enthält keine Bestimmung, wann er ratifiziert werden soll; er spricht nur einen Wunsch aus. In Artikel 440 nämlich heißt es: "Der vorliegende Vertrag, wie er in dem französischen und englischen Text enthalten ist, wird ratifiziert werden." Der Vollzug der Ratifikationen wird in Paris erfolgen, und zwar sobald wie möglich. Um aber angesichts der großen Anzahl der vertragsschließenden Mächte das Verfahren abzukürzen, bestimmt der Artikel 440: "Ein erstes Protokoll der Ratifikation wird aufgesetzt, wenn der Vertrag von Deutschland einerseits und von drei der hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächte andererseits ratifiziert ist." Erst in diesem Augenblick wird der Vertrag dem bestehenden internationalen Rechte einverlebt und vollstreitbar, da Artikel 440 ferner bestimmt: "Vom Datum dieser ersten Urkunde tritt der Vertrag zwischen den beiden vertragsschließenden Parteien in Kraft."

### Die Frist.

Neben die verschiedenen von Deutschland einzuhaltenden Fristen, die im Friedensvertrag für die nächsten Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages vorgesehen sind, bringen französische Blätter folgende Zusammenstellung:

In 10 Tagen muß Nordischwaben geräumt sein, in 15 Tagen Ostpreußen.

In der 5. bis 7. Woche muß die Volksabstimmung in Schleswig stattfinden.

Nach Ablauf eines Monats werden die Verbündeten die Liste der auszuliefernden Personen liefern und bekanntgeben, ob sie das von Deutschland vorgeschlagene System über die Schadenerverjährung annehmen wollen. Im Laufe von zwei Monaten müssen die Beleidigungen im nichtbesetzten Gebiet und im neutralen Gebiet geschleift werden.

Am Ende des dritten Monats muß das deutsche Heer auf 200 000 Mann reduziert sein.

Im vierten Monat muß Deutschland entweder eine bestimmte Summe zur Begleichung seiner Schuld bezahlen, oder eine der verlustreichen Gegenden wiederherstellen.

Im sechsten Monat erfolgt die Volksabstimmung in Maimedv, sowie die Niederlegung weiterer Besitzungen. Gleichzeitig erhält die Verpflichtung Deutschlands in Bezug auf die Gewährung der Meistbelegung in Danzig im Hollar gegenüber den verbündeten Ländern, und es wird in Danzig die vorgesehene Verwaltung eingesetzt werden.

### Die Wasserschadenskommission.

Die interalliierte Wasserschadenskommission wird von Spa nach Köln verlegt. Marshall Foch schlägt als Sitz der deutschen Kommission Düsseldorf vor. — Wegen der deutschfeindlichen Ausschreitungen in Spa hat General v. Hammerstein eine Protestnote an die belgische Mission gerichtet.

### Die Danziger Frage.

Im fünftigen Freistaatgebiete herrscht eine lebhafte Bewegung zur Ausführung neuer Wahlen von Volksvertretern, welche die Verfassung zu beraten hätten. Es nehmen in dieser Sache nicht nur Behörden und öffentliche Körperschaften, sondern auch Vereine und Geschäftsleute Stellung. Große Erwartungen haben die Polen, welche befürchten, daß Danzig nicht auch zur polnischen Republik gelommen sei. Sie wollen eine polnische Volkszählung veranstalten und zeigen, daß von den 330 000 Einwohnern des Freistaates etwa ein Drittel polnisch sei. Demgemäß müßte das Polentum auch entsprechend berücksichtigt werden. Danzig wird langsam in den polnischen Staat hineinwachsen und eine polnische Stadt werden; denn Danzigs Bevölkerung sei „urpolnisch“ gewesen. — Der Fünfzehnerausschuss der deutschen Volksräte, der in Danzig tagte, hat sich aufgelöst. Die Mitglieder haben Danzig verlassen.

### Völkerbund.

Der Chef des militärischen Departements der Schweiz, Galoneder, behandelte in einer Konferenz mit der Presse die Frage des Beitrags der Schweiz zum Völkerbund. Galoneder hob die Mängel des Entwurfs hervor, betonte aber, daß dieser Völkerbund gegen die früheren Zustände einen gewaltigen Fortschritt bedeute, indem er Überfallskriege aus der Welt schaffe und Verträge zwischen den Staaten überwache.

### Die Adria.

Aus Klumé wird dem „Corriere della Sera“ gemeldet, Wilson habe zur Lösung der Frage von Klumé in Paris einen neuen Plan ausgearbeitet, der einen Pufferstaat zwischen Italien und Süßslawien vorstelle, der Bergia Ceres und der Stadt Klumé ohne Zusatz umfaßt und im Westen von dem Fluss Arso begrenzt wird. Von Dalmatien würde die Insel Zara hinzugefügt werden. Die Distrikte von Pescara und Bitignano würden von dem neuen Staat ausgeschlossen bleiben.

### Zur Tagesgeschichte.

#### Deutsches Reich.

—\* Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat den Reichsminister Erzberger telegraphisch ersucht, den beteiligten Kreisen von Handel, Industrie und Landwirtschaft Gelegenheit zur einstigen und sachlichsten Durchberatung der Steuer zu geben.

—\* Der Unterausschuss des Verfassungsausschusses für die Vorbereitung eines Gesetzes über die Reichssteuer, insbesondere hinsichtlich der Ausgestaltung des Verhältniswahlsystems, wird seine Arbeiten baldigst aufnehmen. Die Tätigkeit des Verfassungsausschusses wird sich demnach auch auf das Wahlgesetz erstrecken.

—\* Die bisherigen Beratungen über eine Reichssteuerung der Spielclubs haben dazu geführt, von einer solchen Steuer zunächst Abstand zu nehmen. Maßgebend für diese Stellungnahme ist in der Haupttheorie die Erwagung, daß in einer Besteuerung gleichzeitig eine Art Konzession für die Spielclubs erblieben werden würde.

—\* Das Reichskabinett ist am Donnerstag Vormittag zu einer Besprechung zusammengetreten. Es handelt sich bei dieser Besprechung, wie aus Weimar gemeldet wird, in erster Linie um die Ausstellung eines Arbeitsprogramms für die Regierung für die nächste Zukunft. Die Verhandlungen waren freigemacht.

### Note Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

73)

Nachdruck verboten.

Und Rainer wird dann frei für mich. Er wird Josta nicht halten gegen ihren Willen, wird den Bruder nicht ungünstlich machen wollen. Er ist zu selbstlos dazu. Und dann — dann will ich ihn trösten, dann will ich meine Sache klüger führen als zuvor, dann soll ihn mit keine andere mehr nehmen. Also Vorsicht jetzt — undslug weiter operieren. Hilf mir, Vater im Himmel — dann brauche ich nicht schlecht zu werden, dann brauche ich die kleine Frau nur zu ihrem eigenen Heil zu überlisten.“

So dachte sie, und laut sagte sie, sich aufzustellend, möglichst gleichmütig:

„Nun also, dann habe ich mir wohl nur törichterweise eingebildet, daß deine Tränen einem Herzenskummer gelten. Wenn du weißt, daß Rainer nicht aus Liebe um dich geworben hat, dann hast du ihm doch auch sicher nicht verschwiegen, daß du ihn nicht liebst?“

Josta wurde wieder rot, zwang sich aber zur Ruhe.

„Ja, Rainer weiß das“, sagte sie leise.

„Nun, dann ist ja alles gut, kleine Frau. Oder doch vielleicht nicht? Ach, Josta, ich kann mich ja so gut in deine Lage versetzen! Auch ich habe vor Jahren meine Hand ohne mein Herz verschent. Glücklich ist man nicht dabei. Und ich wünschte dir nur, daß du dein Herz nicht eines Tages an einen anderen verlierst, wenn ich auch sicher bin, daß dich Rainer nicht gegen deinen Willen halten würde.“

Josta sprang mit einer hastig abwehrenden Bewegung auf. „Nein, nein — daran ist nicht zu denken. Bitte, laß uns dieses Thema nicht mehr berühren, es quält mich.“

Gräfin Gerlindes Augen leuchteten seltsam auf.

„Warum diese heftige Abwehr?“ dachte sie. „Das sieht ja aus wie Angst. Nun ich werde noch dahinter kommen. Verliebt ist Josta, scheint mir, unbedingt. Eine Frau, die nicht liebt, ist ruhig und gelassen und sieht nicht tränenden Auges über ihrem Tagebuch. Dies Tagebuch! Es würde mir sicher den Schlüssel zu ihrem

Wesen geben. Was gäbe ich darum, wenn ich hinein schauen könnte!“

### Die Besteuerung des Zuckers.

Der Volkswirtschaftsausschuss der Nationalversammlung behandelte den Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Zucker, der eine Preiserhöhung um 2.50 Mark auf 54.80 Mark für den Zentner gemahlenen Melis ab Münchberg einschließlich Verbrauchssteuer vorsieht. Die Erhöhung, die mit Rücksicht auf die gewaltig gestiegenen Erzeugungskosten der Raffinerien notwendig ist, soll am 1. Juli in Kraft treten. Abg. Mollenbühr (Coz.) regte an, die Erhöhung dem neuen Reichsausgleichsfonds zu entnehmen, um eine Besteuerung des Zuckers für das Publikum zu verhindern. Die Redner aller bürgerlichen Parteien erhoben hiergegen Einspruch; den Preiserhöhungen müßte man auf natürlichen Wege durch Anreiz zur Produktionssteigerung usw. begegnen. Nach einer Aussprache über den Schleichhandel und die Frage der Einfuhr von Zucker aus dem Auslande, der zu höheren Preisen an die besser gestellte Bevölkerung abgegeben werden soll, wurde der Entwurf mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien genehmigt. Weiter wurde der Entwurf einer Verordnung über die privatrechtlichen Verhältnisse von Genossenschaften zum Zwecke der Bodenverbesserung beraten. Die Verordnung ermächtigt die Landesregierung, die privatrechtlichen Verhältnisse von solchen Genossenschaften zu regeln, die während des Krieges zum Zwecke der Bodenverbesserung von Moor, Heide und ähnlichen Ländereien gebildet wurden. Die Verordnung, die bis zum 31. Dezember 1920 in Kraft bleiben soll, wurde genehmigt, ebenso der Entwurf einer Verordnung über die Ermächtigung des Staatenausschusses zur Anordnung von Münzprägungen. Es handelt sich um die Prägung von Münzen zu 50, 10, 5 und 1 Pfennig aus Erzmetall. Der Ausschuß wünschte eine scheinige Durchführung der Verordnung.

### Die Lage im Reich.

#### Der Eisenbahnerstreit.

Die gesamte Verwaltung des Eisenbahnbetriebs während des Streiks liegt, wie aus Frankfurt a. M. berichtet wird, in den Händen der Streitkämpfer, die nicht nur die Bahnhöfe, sondern auch die Maschinenhäuser, Werkstätten, Werkstätten und Spuren scharf bewachen läßt. Auch die Beamten des Eisenbahnleitgraphenbüros wurden zur Einschaltung ihres Dienstes gezwungen. Es sind außer den Zugang nach dem besetzten Gebiet nur einige wenige Personal- und Güterzüge zum Verkehr zugelassen worden, während der übrige Güterverkehr ebenfalls eingestellt ist. Falls der Ausstand länger dauert, wird die Nahrungsmittelersorgung gefährdet. Zwar ist genügend Brotdreiecke vorhanden, auch Brotzettel und Krankenmahlmittel, dagegen wird es bald an Kartoffeln fehlen, falls nicht die großen Transporte, die sich unterwegs befinden, hereingelassen werden. Die Milchzüchter wollen die Streikenden verleben lassen. Der Streik hat auch Eisenbahnknotenpunkte außerhalb des Direktionsbezirks, zum Beispiel Darmstadt, in Mitleidenschaft gezogen. Der Vorstand der Ortsgruppe des deutschen Eisenbahnbeamtenbundes erklärt, mit allen erlaubten Mitteln versuchen zu wollen, den Verkehr möglichst aufrecht zu erhalten.

Draußen brach die Sonne durch die Wolken. Gräfin Gerlinde legte den Arm um Josta.

„Komm ein wenig hinaus ins Freie, kleine Frau, da vergehen Kopfweh und trübe Stimmung im Sonnenschein. Und vergiß das Geheimfach nicht. Darin kannst du sicher alles bergen, was außer dir niemand sehen soll.“

Josta neigte das Haupt.

„Ja, ja — ich danke dir.“

Und mit schweren, müden Schritten ging sie neben Gräfin Gerlinde ins Freie hinaus. Ihr war zumute, als habe sie eine Töchter begangen, als habe sie sich wider Willen in Gerlindes Hände gegeben, obwohl sie ihr nichts von ihrem eigenen Empfinden verraten hatte. Es bedrückte sie, daß sie Gerlinde den Namen der Frau zu danken hatte, die Rainer liebte. Wie ein Unrecht erschien es ihr nun, daß sie in sein Geheimnis eingedrungen war, gegen seinen Willen.

Aber von diesem Tage an hütete sich Josta ihrem Gatten gegenüber noch ängstlicher ihr Geheimnis und zeigte sich ihm noch zurückhaltender. Seinen Zärtlichkeiten wich sie ängstlich aus, und wenn er ihr nur nahte, bekamen ihre Augen einen Ausdruck, als spähe sie nach einem Ausweg, zur Flucht. Rainer merkte das nur zu genau, und er wurde mühsamer denn zuvor.

In ihr Tagebuch schrieb Josta am Abend dieses Tages: „Nun weiß ich, wem Rainers Liebe gehört, und nun bin ich ganz hoffnunglos. Diese Frau kann er nie vergessen. Ob sie ihn vergessen kann? Ob sie auf ihrer einsamen Höhe sich in Sehnsucht nach ihm verzehrt, wie ich es tue? Und ob er sehr leidet, daß er auf diesen Besitz verzichten mußte? So lange habe ich mich daran geföhnt, diese Frau zu kennen,

### Berliner Stimmungsbild.

Die Berliner sind mehr Volkspatrioten als alle anderen Großstädter. Ihr Interesse richtet sich zunächst auf Berlin, dann noch einmal auf Berlin, und schließlich erst auf die gesamte übrige Welt. Seit zwei Tagen hört man keinen Menschen mehr vom Friedensschluß und vom Kriege sprechen, sondern nur noch von Berliner Angelegenheiten, speziell von dem Eisenbahnerstreit, der die Berliner in einen Zustand permanenter Aufregung versetzt hat. Es gibt wohl nur wenige Berliner, die nicht davon in Wissenschaft gejogen werden. Ganz überraschend für jeden Fremden ist das jetzige Straßenbild Berlins. Natürlich gibt es auf den Straßen jetzt viel mehr Fußgänger als früher, aber auch die Zahl der Wagen ist ganz überraschend groß. Man weiß gar nicht, wo sie plötzlich alle hergekommen sind; sehr viele werden wohl von auswärts sein. Diese Wagen vermischen jetzt den Personenverkehr. Für kurze Strecken nehmen sie kaum zum Preise von einer Mark mit; es geht aber auch bis zu zehn Mark heraus. Dafür bekommen die Passagiere nicht einmal einen bequemen Platz; viele müssen sogar stehen. Aber in der Not sitzt der Teufel fliegen.“

### München.

Die Säuerung in München ist so stark, daß mit einem neuen Aufstand gerechnet werden muß. Ein Anschlag der Kommunisten auf die Schule wurde noch vereitelt. Die Einwohnerwehr ist ihrer Ausgabe nicht gewachsen.

Zu dieser Berliner Meldung erklärt die Münchener Korrespondenz Hoffmann amlich: Es füllt sich in München nicht das Geringste, die Einwohnerwehr tritt nicht in Tätigkeit.

### Allerlei Nachrichten.

#### Noste an Hindenburg.

Reichswehrminister Noske hat an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg ein Telegramm gesandt, in dem es u. a. heißt: Generalfeldmarschall v. Hindenburg, Kolberg. An dem Tage, an dem Sie die Oberbefehl niedergelegt, ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen Herr Generalfeldmarschall, im Namen des neuen deutschen Bevölkerung den herzlichsten und unauslöschlichen Dank des Volkes für Ihre treugeleisteten Dienste auszusprechen. Wie Sie als ruhmgekrönter Feldherr unsre Heere in Feindesland geführt haben, das uns unvergänglich in der Geschichte fortduern. Besonders aber muß Deutschland Ihnen dankbar sein für die Mühe und Sorgfalt, mit der Sie in der letzten schweren Zeit die militärische Geschichte unseres Vaterlandes gelebt haben. Reichswehrminister Noske.

#### Vom früheren Kaiser.

Reuter meldet: Es verlautet, daß die an Holzland zurichtende Note betr. die Auslieferung des deutschen Kaisers von 22 oder 23 März unterschrieben sein soll. In den Wandelgängen des britischen Parlaments verlautet, daß das Gericht verfahren gegen den ehemaligen Kaiser vor dem Ausschuss geregelt werden soll, den die Alliierten im Durchführung der Friedensbedingungen errichtet. Der Reichshof wird aus fünf Richtern bestehen, die von den fünf alliierten Großmächten dazu gewählt sind. Man hört, daß die Gerichtsverhandlung im Herbst stattfinden wird und erwartet zuverlässiglich, daß der Kaiser zu gegen sein wird, da seine Auslieferung von sämtlichen alliierten und assoziierten Mächten gefordert wird.

Ihren Namen zu wissen. Und nun ich ihn tente nun Gerlinde ihn mir verraten hat, ist mit, ob wäre mir besser gewesen, ich hätte ihn nie gehört. Warum hat ihn mir Gerlinde verraten? Und warum wollte sie so unbedingt den Grund für meine Tränen kennen? Mein Gott, wie erschrock ich, als sie mir sagte, sie wisse, warum ich weine. Wollt sie denken was sie will, — wenn sie nur die Wahrheit nicht kennt. Die soll nie ein Mensch erfahren — — — — —

Wenige Tage später sah Gräfin Gerlinde Josta und Rainer am Witwenhaus vorüber reiten. Sie waren nun sicher, daß die Beiden in der nächsten Stunde nicht ins Schloß zurückkehren würden.

Eiligst ging sie hinüber, sie wollte sehen, ob Josta ihr Tagebuch in das Geheimfach gelegt hatte. Ohne Zaudern suchte sie Jostas Boudoir auf und nachdem sie sich überzeugt hatte, daß kein Lande in der Nähe war, trat sie an den Schreibtisch heran und öffnete das Geheimfach.

Zu ihrer Enttäuschung war das Buch nicht darin. Josta hatte, einem bestimmten Argwohn folgend, ihr Tagebuch an dem alten sicheren Platz gelassen. Und den Schlüssel trug sie stets bei sich. Aber das des Tagebuchs erblieb Gräfin Gerlinde einen Brief. Schnell zog sie ihn heraus, und — fast hätte sie einen Freudentreppen ausgestoßen — dieser Brief trug Jostas Hand geschrieben, die Adresse des Großen Ritters.

Ancheinend war er erst kürzlich geschrieben worden. — Gräfin Gerlinde betrachtete ihn von allen Seiten. Er war leider versiegelt. Das Siegel zeigte den über drei Rosen springenden Eber. Graf Ritter hatte seiner jungen Frau das Petschaft mit diesem Wappen geschenkt.

Ohne dies Siegel zu verlegen, konnte der Brief nicht geöffnet werden, sonst hätte sie es sicher getan.

Fortsetzung folgt.

### Eine Warnung.

In einem Aufsatz, der sich mit der gegenwärtigen Lage Deutschlands beschäftigt, schreibt das „*Werner Tagesblatt*“ u. a.: „Unbedeckt um die Weltlage steht das deutsche Proletariat, seien die Eisenbahner, Fabrikeren die Seeleute die Hosen. Man muß diesen Leidenden und ihren unüberschrebbaren Folgen gegenüber endlich einmal sagen: Wenn in eurem Lande nicht bald Ordnung und Arbeit zur Herrschaft gelangen, dann verlieren eure Freunde die Gewalt und die Hoffnung, daß ihr euch wieder erholtet könnet, und damit verliert ihr auf dem Boden des Handels, den Kreis. Man will sich mit einem Volle nicht einlassen, dessen Arbeiter durch Unbotmäßigkeit jedes Beliebts auszuschalten.“

### Sensationelle Enthüllungen.

Das jugoslawische Pressebureau ist in der Lage, folgende sensationelle Enthüllungen mitzuteilen: „Im April 1919 — der Tag ist nicht bekannt — hat Italien mit Österreich eine geheime Militärrakonvention geschlossen. In Artikel 1 dieser Abkommen verpflichtet sich Italien, die österreichischen Kampftruppen, besonders die in der Steiermark und Kärntnern beobachtet, mit Munition und Ausrüstung zu versorgen. Seiter war beabsichtigt, einen gemeinsamen Spionage-dienst einzurichten und eine gemeinsame militärische Mission für den Fall irgendwelcher Veränderungen in Kärntn einzuleiten. Drittens war festgesetzt, daß das nord-kärntnische Gebiet, das sogenannte Ahlbergkreis, an Italien fallen, wogegen ganz Kärntn bei Österreich verbleiben sollte als Ausgleich für dessen Zustimmung zur Besetzung Südtirols durch italienische Truppen und die Übernahme der Forts. Die Beweise für das Vorhandensein dieses Nebenkommens sind in den Händen der Redaktion des „Slovenski Narod“ in Laibach und werden zur Verfügung der Alliierten gehalten.“ — Die Nachricht klingt vorläufig recht wenig glaubhaft und scheint eher darauf angelegt zu sein, in Ententekreisen Verbindung gegen Italien zu führen und für die Jugoslawen Propaganda zu machen.

### Kleine Meldungen.

W. Gladbach. Ins Reichsfinanzministerium ist der Finanz- und Steuerfachmann des Volksvereins für das katholische Deutschland, Dr. Beusch von hier, als Kommissar für Steuerfragen berufen worden.

Heidelberg. Die Arbeiter und Beamten der Main-Neckarbahn sind Freitag früh in den Ausgangs-land getreten.

Dessau. Der Minister des Innern, Wolfgang Heine, ist demnächst vom Amt des ersten Vorsitzenden des Staatsrates für Anhalt zurück. Er wird nicht wieder kandidieren.

Koburg. Die Landesversammlung nahm eine Entscheidung über die Zusammensetzung der Thüringer Staaten an, wonach Coburg die Anschlußfrage von einer Volksabstimmung abhängt, die zu entscheiden hat, ob der Anschluß an Bayern oder an Thüringen erfolgt.

Dresden. Der Prozeß gegen die Mörder des Kriegsministers Neuring beginnt am 19. Juli. Vier der Hauptbeschuldigten, Sergeant Günther, verübte Selbstmord.

Dresden. Das sächsische Kriegsministerium wird aufgelöst, seine Aufgaben übernimmt das sächsische Reichswehrkommando — Wegen der Art des Friedens legt die sächsische Armee 14 Tage Trauer an.

Berlin. Die Marinebrigaden Löwenfeld und Gräbhardt und Teile der technischen Abteilung des Garde-Kavallerie-Schützenkorps haben sich freiwillig bereit erklärt, den Verkehr der Lebensmittelzüge sicherzustellen.

Berlin. Der „*Vol-Anz.*“ meldet aus Rotterdam: General Denikin hat nach dem Bericht der Heeresleitung seinen Vormarsch weiter fortgesetzt und Poltarnowskow nach verzweifeltem Kampf eingenommen.

Paris. „*Echo de Paris*“ schreibt, daß die Ratifizierung des Friedens mit Deutschland leidens Japan länger Zeit beanspruchen werde, da Japan erst in einem Monat im Besitz des vollständigen Textes sei.

Saag. Laut Korrespondenzbureau erwiderte der holländische Minister des Innern auf eine Anfrage des Kammermitglieds Troelstra bezüglich der Begünstigung der Flucht des deutschen Oberleutnants Hogen durch niederländische Beamte in Berlin, daß die vom holländischen Ministerium des Auslands in dieser Sache angestellte Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist.

Rotterdam. Nach der „*Times*“ haben die englischen Delegierten auf der Friedenskonferenz die Zustellung von 153 namentlich bezeichneten Kommandanten beantragt.

London. Lloyd George teilte dem Unterhause mit, daß der Gerichtshof zur Verurteilung des Kaisers seinen Sitz in London haben werde.

Stockholm. Nach einer Meldung aus Riga seien am 27. Juni einige russische Kriegsschiffe unter der Andreaskirche in Riga ein. Die Besatzung erklärte, sie wolle mit den Bolschewisten brechen und sei für die Errichtung des Admiralskloster.

Belgrad. Nach dem „*West Journal*“ haben die serbischen Behörden mit der Durchführung der Jung-Feiertäler, die für die Achtzehn- bis Dreißigjährigen 80 Dinare, für die über Dreißigjährigen 60 Dinare monatlich beträgt, begonnen. Anfangsdeßes hat seit Monat die Zahl der Cholerafälle in Belgrad gewaltig zugenommen.

Washington. Das Kriegsamt kündigt die Demobilisierung des Heeres auf den 30. September an. Die Friedensstärke wird 233 000 Mann betragen.

### Lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 5. Juli 1919.

\* Die Ruhr beginnt sich wieder auszubreiten. Die Bevölkerung möge daher in ihrem eignen Interesse allen verdächtigen Darmkrankheiten erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Namentlich ist es erforderlich, daß bei Darmkrankheiten mit schleimigen und blutigen Abgängen schleunigst ärztliche Hilfe in Anspruch genommen wird. Die Ruhr ist eine übertragbare, nicht selten zum Tode führende Krankheit. Die Übertragung erfolgt durch die in den Abgängen (Stuhl) der Kranken befindlichen Ruhrbazillen. Darum schütze dich vor Ruhr! Ich nie mit ungewaschenen Händen! Ich Obst nur in gesuchtem Zustand! Wasche rohes Obst und Solar vor dem Genuss gründlich ab! Halte den Abort deiner Wohnung sauber, wasche das Sitzbrett, den Türgriff und den Griff der Wasserpumpe täglich gründlich ab mit Sublimatlösung (1 Pastille auf 1 Liter Wasser) oder mit Hypolösung (20 Gramm auf 1 Liter Wasser.) Wasche dir nach jeder Benutzung des Aborts die Hände! Befreit keine Wohnung, in der ein Ruhrkranker liegt! Wende dich sofort an einen Arzt, wenn du an Durchfall und Leibschmerzen erkrankst! Achte auch bei deinen Kindern auf Beobachtung dieser Ratschläge. Die Krankenhäuser erhalten reichlich die für Ruhrkrankte nötigen mehlhaltigen Nahrungsmittel. (Haferflocken.)

\* Ansiedelung von Handwerkern auf dem Lande bekr. Infolge des Krieges sind auf dem Lande Stellen für selbständige Handwerker frei geworden. Unsere Feststellungen haben ergeben, daß es sich dabei handelt um Wagner, Schuhmacher, Schmiede, Schreiner, Schneider, Schlosser, Sattler, Spengler usw. Die frei gewordenen Stellen befinden sich in den Kreisen Biedenkopf, Dill, Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlausus, Oberlausus, Höchst, Limburg, Oberlahn, Rhenigau, St. Goarshausen, Westerburg, Ussingen, Wiesbaden Land und Unterlahn. Handwerker, welche geneigt sind, sich auf dem Lande anzusiedeln, wollen sich alsbald schriftlich an die Handwerkskammer Wiesbaden melden. Diese wird Ihnen dann alles Nötige mitteilen. Zum Teil stehen Wohnungen und Werkstätten zur Verfügung.

K. A. Die Gültigkeitsdauer der bisherigen Reisebromarken ist der Reichsgetreideselle in Berlin bis zum 27. Juli 1919 verlängert worden, weil in der Anfertigung und Übersendung der Reisebromarken neuen Musters eine Verzögerung entstanden ist. Ebenso wurde die Frist zum Umtausch aller in neue Reisebromarken für Verbraucher bis zu diesem Tage verlängert.

\* Schmierkäse. Sehr hohe Preise werden zur Zeit für den Schmierkäse gefordert und bezahlt. In vielen Geschäften der benachbarten Städte sieht man diesen bisher fast völlig verschwundenen Artikel jetzt wieder auftauchen. Die Lieferungen vom Lande sind erheblich größer als während der Kriegsjahre, wo aufs Schäfle über die Verwerfung aller Milchprodukte gewacht wurde. Da die Butterpreise infolge der reichlichen Speck- und Fettlieferungen bereits zurückgegangen sind, so verlegt man sich jetzt wieder weit mehr wie bisher auf die Herstellung von Schmierkäse, der sehr gut bezahlt wird. In den hiesigen Geschäften fordert man für das Pfund stark gewässerten Schmierkäse 1,80 Mk., ein Preis, der das Zehnfache des Friedenspreises von 18 Pf. beträgt. Die Verleutung liegt allerdings in der Haupstache im unreellen Zwischenhandel; denn es ist Tatsache, daß die Landleute den Schmierkäse zu 80 Pf. im Durchschnitt verkaufen. Daß die enormen Butterpreise für Käsequark natürlich auch auf die Preisbildung für die Handkäse stark steigend einwirken, liegt auf der Hand. Im Großhandel wird heute für ein Kästchen Handkäse zu 60 Stück der gesetzte Preis von 22,50 Mk. gefordert.

\* Der Wasserstand des Rheines ist in der letzten Zeit im Allgemeinen ziemlich auf seiner Höhe geblieben, sogar verhältnismäßig infolge der am Mittel- und Oberrhein niedergegangenen Regenfälle etwas gestiegen, sodass in den nächsten Wochen der Schiffsverkehr ohne Störungen vor sich gehen kann. Auch die großen Schleppfähne konnten in letzter Zeit ihre Fahrten von den Rhein-Ahr-Häfen nach dem Mittelrhein und Oberrhein mit bedeutenden Ladungen zurücklegen und so vermochte man viele Kohle, Koks und Bitkels bergwärts zu befördern. Die ganzen Wasserstandverhältnisse haben sich überhaupt in den letzten Wochen auf einer Höhe gehalten, die einen glatten und ungestörten Schiffsverkehr ermöglichen.

\* Über einen Überflug an Schlachtwieh, namentlich Schlachtwieh, in vielen Ortschaften der Eifel nach dem Abbau der Zwangswirtschaft berichtet die ITA. Viele Bauern haben zwei bis drei Koppel Ochsen, die sie bis dahin als Fuhrzeuge benutzt und die sie nunmehr durch amerikanische Zugtiere ersetzen. Der Ochsenhandel ist stetig im Gange. Bezahl wird für das Pfund Lebendgewicht 2 bis 3 Mark, ein Preis, den auch die Schlech- und Schwarzhandler bezahlt haben. Bei Ablieferung an den Viehhandelsverband erhalten die Bauern 90 Pf. für das Pfund.

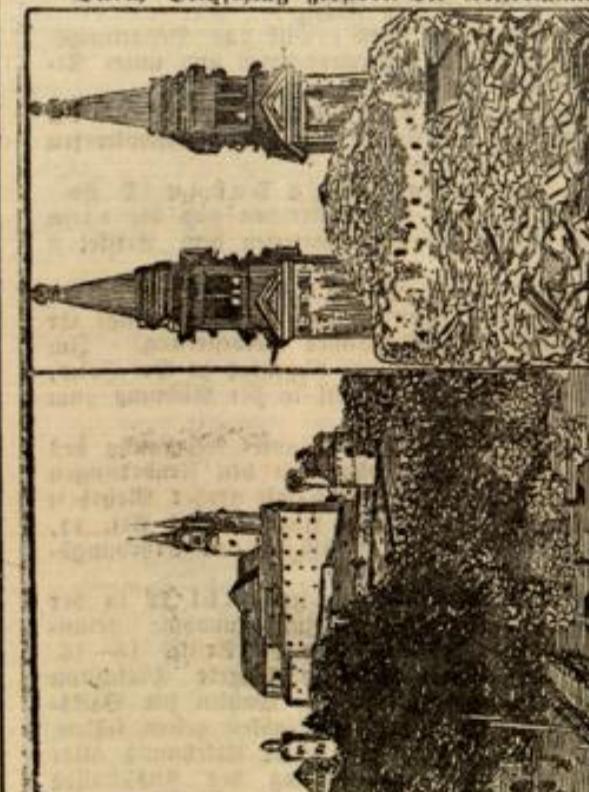
\* Die pfälzischen Tabakfabriken werden in absehbarer Zeit wieder voll arbeiten können, da in Böhl mit größeren Mengen ausländischen Tabaks zu rechnen ist. Die Zigarren werden, wie in Fachkreisen behauptet wird, jedoch vorläufig kaum wesentlich billiger werden, es sei denn, daß eine Besserung des Standes unserer Valuta eintreten wird.

\* Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die Zins scheine der Reichs-Kriegsanleihen bei den Postanstalten vom 21. des dem Fälligkeitstage vorhergehenden Monats ab gegen bar umgetauscht werden können. Auch die Landbriefträger und die Posthilfsstellen-Inhaber sind zur Einlösung der Zinscheine verpflichtet.

### Vermischtes.

Die Gösch. Nach dem Vermittelungsantrag betr. die Reichsflagge sollen die Handelsfahne zur schwarz-weiß-roten Flagge die schwarz-rot-goldene Gösch führen. Die Gösch (aus dem holländischen) ist die kleine vierseitige Flagge, die an festlichen Tagen von Kriegsschiffen an einem Flaggstiel über dem Bugspriet (am vorderen Ende des Schiffs) gehisst wird, sie ist also eine Bugflagge. Die Nationalflagge wird bekanntlich am Heck, am Schiffshintersteuert, gehisst. Es ist nach dem Vorschlag im Weimar anzunehmen, daß bei der Handelsflagge die Gösch sich auf der Flagge selbst befindet, d. h. also ähnlich wie bei der alten Reichsflagge links oben in der Ecke die schwarz-weiß-roten Farben zu sehen wären, werden jetzt auf der schwarz-weiß-roten Handelsflagge die Farben schwarz-rot-gold angebracht.

Durch Blitzschlag zerstört. Die weitberühmte Wallfahrtskirche auf dem Pößlingberg bei Linz wurde



Die bekannte Wallfahrtskirche auf dem Pößlingberg bei Linz wurde durch einen Blitzschlag zum großen Teil eingeschossen.

### Kleine Chronik.

Das Vermögen der Hohenzollern. Die preußische Staatsregierung hat eine Verordnung erlassen, welche die Verwaltung des Vermögens des preußischen Königshauses bis zur endgültigen Auseinandersetzung regelt. Danach werden der Minister des vormaligen Königlichen Hofes, die Holzgut- und Forstverwaltung, sowie die sonstigen Vermögensverwaltungen des vormaligen Königs, des vormaligen Königlichen Hauses und seiner Mittelstädte mit dem Vermögen des

herrschenden Vermögens beauftragt, soweit diese durch unter ihrer Verwaltung standen. Über die Vermögensverwaltung ist der Finanzminister (und zwar bei dem land- und forstwirtschaftlich benutzten Grundbesitz unter Mitwirkung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten) die Aufsicht aus. Zur gerichtlichen Vertretung der Mitglieder des Königshauses gestaltet die Vollmacht der Beteiligten über ihrer Verwaltungen. Eine Befreiung des Finanzministers oder des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ist nicht erforderlich. Das persönliche Dienstverhältnis der Beamten und Angestellten wird durch die Beschagnahme des Vermögens nicht berührt. Die Regelung der Vertragsverhältnisse der prinzlichen Hofbeamten und privaten Angestellten unterliegt der selbständigen Bestimmung des Mitgliedes des vormaligen Königlichen Hauses, in dessen Dienst sich der Hofbeamte oder Angestellte befindet oder eintreten soll, oder seiner Verwaltung.

Die Influenza. In der Sitzung des englischen Unterhauses teilte der neue Gesundheitsminister mit, daß während der sechs Monate bis zum 31. März 1919 in England und Wales allein 136 000 Personen an Influenza gestorben sind.

Das Erdbeben in Italien. Die Blätter melden, daß es anlässlich der Erdbebenkatastrophe im Gebiet von Mugello 100 Tote und 5 Verwundete gegeben hat. Der Schaden an Material ist groß.

## Die Nationalversammlung.

W e i m a r , 3. J u l i .

Am Regierungstisch: Dr. David. Bissel Präsident. Gehrtsbach eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Min. Die Beratung der Auleihedenschrift für das Jahr 1918 und der Auleihedenschrift für die Schuhgebiete 1919 wird durch Kenntnisnahme erledigt. Es folgt die erste Beratung der Reichshaushaltsermittlung 1916 und dann die erste Beratung der Reichshaushaltsermittlung 1917. Eine Aussprache findet nicht statt. Die Erledigung erfolgt durch Ueberweisung an den Ausschuß zur Berichtserstattung.

Die zweite Beratung der Verfassung des Deutschen Reiches wird fortgefehrt. Zu Art. 7 steht ein Abänderungsantrag Dr. Ablach auf Streichung dieses Artikels vor, der dem Reich die ausschließliche Belehrung über Abgaben und sonstige ganz oder teilweise für Reichszwecke in Anspruch genommene Einnahmen zuweisen will. In einem neuen Artikel 8a des Antragstellers ist das Wort „ausschließlich“ gefallen; deshalb muß der erwähnte Artikel dem Artikel 8 nachgeordnet werden.

Nach kurzer Debatte nimmt das Haus den Antrag Ablach an. Darauf findet die namentliche Abstimmung über die Reichsbarben (Artikel 3) statt. Der Antrag der Unabhängigen: „Die Reichsbarben ist rot. Die Ausgestaltung der Handelsflagge wird durch Reichsgefege bestimmt“, wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Neben den gleichlautenden Antrag der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei: „Die Reichsbarben sind schwarz-weiß-rot“ wird namentlich abgestimmt. Der Antrag wird mit 190 gegen 110 Stimmen bei fünf Stimmabstimmungen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmen die beiden sozialdemokratischen Parteien, das Zentrum mit Ausnahmen und ein Teil der Demokraten. Das Ergebnis der Abstimmung wird mit Rücksicht der Rechten aufgenommen. Der Komrombach an Quard (Soz.)-Gröber (Btr.): „Die Reichsbarben sind schwarz-rot-gold, die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit einer Sösch in Schwarz-Rot-Gold in der obren innern Ecke“ wird in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 89 Stimmen angenommen. Gegen den Antrag stimmten geschlossen die Rechten und ein Teil der Demokraten. Das Ergebnis wird mit lebhaftem Beifall auf der Linken aufgenommen. Dem Rücksicht von rechts folgt erneuter starker Beifall von links.

Ein Antrag Ablach (Dem.) will das Bestattungswesen aus dem Artikel 9 herausnehmen und unter Artikel 10 einreihen.

Die Abg. Hermann (Dem.) und Quard (Soz.) beantragen im Artikel 10, dem Hochschulwesen das Bibliotheswesen anzufügen.

Ein Antrag des Abg. Graf zu Dohna (D. Wp.) will den Artikel 9 als solchen streichen und die darin aufgeführten drei Gesetzegebungsmaterien dem Artikel 8 anschließen.

Graf zu Dohna (D. Wp.): Eine Änderung in der Sache ist durch unsern Antrag nicht beabsichtigt. Er erstrebt lediglich eine systematische Verbesserung. Im übrigen begrüßen auch wir, im Gegensatz zu Dr. Heim, die Fortschritte, die der Entwurf in der Richtung zum Universalstaat macht.

Die Artikel 8 bis 10 werden unter Ablehnung des Antrags des Grafen zu Dohna mit den Änderungen der Anträge Ablach und Hermann mit großer Mehrheit angenommen, ebenso erfolgt die Annahme des Art. 11, der die Grundsätze über die Zulässigkeit und Erhebungswert von Landesabgaben betrifft.

Nach unerheblicher Debatte wird Artikel 12 in der Ausfassung angenommen. Zur Annahme gelangen ferner nach kurzer Aussprache die Artikel 13-16. Bei Artikel 17 entspinnt sich eine längere Diskussion darüber, ob die Grundsätze für die Wahlen zur Volksvertretung auch für die Gemeinewahlen gelten sollen.

Der Artikel wird schließlich unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Bei Artikel 18 (Gliederung des Reichs in Länder) erinnert Bizepräsident Haussmann daran, daß für diesen Artikel eine längere Redezeit bewilligt ist, sich aber schon neun Redner zum Worte gemeldet haben. Die Beratung des Artikel 18 wird daher ausgesetzt. Artikel 19 wird unverändert angenommen.

Es folgt Abschnitt 2 (Reichstag). Artikel 1 wird angenommen. Zur Artikel 2 beantragt Abg. Arnsdorf (Deutschland) die Belehrung des Wahlrechts für das 20. Lebensjahr zu streichen und sie dem Wahlgesetz zu überlassen.

Abg. Heinze (Deutsche Wp.) beantragt für den Fall der Ablehnung dieses Antrages das Wahlalter auf 24 Jahre festzusehen.

Abg. Auer (Soz.) beantragt den Zusatz: Der Wahltag müsse ein Sonntag oder öffentlicher Ruhtag sein.

Abg. Frau Behm (Deutschland) befürwortet die Erweiterung des Wahlalters.

Abg. Hartmann-Berlin (Dem.): Man darf die jungen Leute von 20-24 Jahren nicht vom politischen Leben fernhalten.

Abg. Baumermann (Deutsche Wp.) befürwortet die Heraussetzung.

Abg. Frau Hale (Soz.): Aus Dankbarkeit müsse man den jungen Kriegern das Wahlrecht geben. Wer für gut befunden wird, sein Blut für das Vaterland hinzugeben, dürfe auch seine Stimme in die Wahlurne werfen.

Abg. Frau Diez (U. S.): Die Proletarierjugend hat eine so furchtbare Zeit mitgemacht, daß sie mit zwanzig Jahren reif ist.

Die namentliche Abstimmung über Artikel 21 wird bis morgen ausgesetzt.

Zu Artikel 22 beantragen die Deutschen Nationalen die Wahl dauer von 5 Jahren.

Abg. Obersehren (Deutschland) begründet den Antrag.

Abg. Grünwald (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Partei für den deutschnationalen Antrag.

Abg. Heinze (Deutsche Volksp.) erklärt, daß auch seine Partei dem genannten Antrag beitritt.

Die Abg. Kavenstein und Wurm ziehen sich für eine dreijährige Wahlperiode ein.

Die namentliche Abstimmung für Artikel 23 wird auf morgen verschoben. — Fortsetzung Freitag 1 Uhr.

Schluss 8 1/2 Uhr.

W e i m a r , 2. J u l i .

Es liegen vor die Interpellationen von Aenstadt (Deutschland, Volksp.) über Beamtenfragen, Gröber (Betr.) über Revolutionsschäden, Auer (Soz.) über die steuerliche Erfassung der Kriegsschwärme, Auer über die Lage der Zivil- und Militärentenempfänger, Aenstadt (D. Wp.) über die Planwirtschaft.

Die Minister David, Bissel, Erzberger erklären sich zur Beantwortung der in ihr Tätigkeitsgebiet fallenden Interpellationen in den nächsten Tagen bereit.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Verfassungsgesetzes ein auf Grund des Berichtes des Verfassungsausschusses.

Abg. Haussmann (Demokr.) führt als Vorsitzender des Verfassungsausschusses aus, daß das vorliegende Werk unter schwersten Sorgen geschaffen worden sei. Das Problem des Einheitsstaates ist nicht gelöst worden. Dennoch ist auf vier großen Gebieten die Einheit herbeigeführt, Reichseisenbahn und Reichspost, Reichsabgaben, die Regelung der Reichswasserstraßen und die Reichswoche waren unabwendbar.

Abg. Dr. Kahl (D. Wp.) referiert über die im ersten Hauptteil enthaltenen Bestimmungen über die Gliederung des Reiches unter der Überschrift Reich und Länder.

Abg. Dr. Cohn (U. S.) begründet den Antrag der Unabhängigen, in der Überschrift die Worte „Verfassung des Deutschen Reiches“ zu ersetzen durch: „Verfassung der Deutschen Republik“. Der Redner tritt dann lebhaft für den Einheitsstaat ein und fordert, daß er in allen Mitteln durchgesetzt wird.

Reichsminister Dr. Preuß: Der republikanische Charakter des Reiches ist deutlich genug in der Verfassung ausgesprochen. Der Antrag steht im Widerspruch zu dem Gedanken, die Vereinheitlichung des Reiches in den Vordergrund zu rücken.

Abg. Dr. Ablach (Dem.): Es wäre völlig verfehlt, die Bezeichnung Deutsches Reich deshalb beizubringen zu wollen, weil es nach der Auffassung des Herrn Dr. Cohn ein Deutsches Reich nicht mehr geben soll. Die Erwagung, daß das Ausland an der Bezeichnung Deutsches Reich Anteil nehmen könnte, scheidet für mich vollständig aus. Ich bin doch so weit national gesetzigt, daß ich in dieser Bezeichnung der Rücksicht auf das Ausland keinerlei Spielraum einzuräumen möchte. (Lebhaftes Beifall bei den Demokraten und rechts.)

Abg. Dr. Quaas (Soz.): Über die Frage, ob es in der Überschrift Deutsches Reich oder Deutsche Republik beihalten soll, läßt sich streiten. Wir messen ihr aber keine große Bedeutung zu, da in der Verfassung selbst von der Deutschen Republik die Rede ist. Um aber agitatorischen Missverständnissen und Missbräuchen vorzubeugen, sind wir geneigt, für den Antrag Cohn zu stimmen.

Der Antrag, in der Überschrift „Verfassung der Deutschen Republik“ zu sagen wird abgelehnt. Die Überschrift „Verfassung des Deutschen Reiches“ wird angenommen. Bei der Beratung des Art. 1 erklärt Delbrück (Deutschland): Für uns bedeutet dieser Artikel den Abstieg von einer großen Vergangenheit. Wir sind noch heute grundsätzlich Anhänger der Monarchie.

Reichsminister Dr. David: Die neue Verfassung eröffnet die freie Bahn für den geistigen Kampf. Gegenüber dem Vorwurf des Herrn Dr. Delbrück, die Verfassung trage den Charakter der Schwäche und Weichheit, stelle ich fest, daß der Artikel 1 lautet: Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Wenn die Herren (nach rechts) die Probe aufs Exempel machen und ihre Auffassung gegen diese Feststellung gewaltsam durchsetzen wollen, so werden sie sehen, wie stark und kraftvoll diese Republik vergründet ist.

Abg. Koch (Dem.): Ich meine, wir sollten heute nicht in den Wunden wühlen, die uns die Vergangenheit geschlagen hat, sondern wir sollten uns zusammen schließen. Wir sind keine grundsätzlichen Republikaner, heute aber kann von einer Biedereinführung der Monarchie keine Rede mehr sein.

Abg. Haase (U. S.): Der Reichsminister hat gesagt, die freie Meinungsäußerung solle nicht unterdrückt werden. Dennoch sind jetzt die „rote Fahne“ und noch andere Zeitungen verboten worden.

Reichsminister Dr. David: Soweit sich der Kampf im Rahmen des Geistigen hält, wird er von der Regierung niemals eingeschränkt werden; wenn aber aufgedrängt wird, Gewalt anzuwenden mit Handgranaten, dann ist es Pflicht der Regierung, die Demokratie zu schützen.

Abg. Heinze (Deutsche Wp.): Da es sich jetzt darum handelt, die Republik anerkannt zu haben.

form festzulegen, werden wir gegen Artikel 1 stimmen.

Abg. Dr. Cohn (U. S.): Wir verfahren insoweit so, daß man die neue Verfassung mit dem G. k. d. S. als ein System erachtet.

Die Auffassung des Einheitsstaates ist mit großer Mehrheit angenommen.

Artikel 2 wird dann ohne Ausdrucke angenommen.

Es folgt die Beratung über Artikel 3, der bestimmt: Die Reichsbarben sind schwarz-rot-gelb. Die Handelsflagge wird durch die Abstimmung bestimmt.

Nach kurzer Debatte wird beschlossen, daß die namentliche Abstimmung über diesen Artikel im Laufe der morgigen Sitzung vorgenommen werden soll.

Nächste Sitzung Donnerstag nachmittag 2 Uhr. — Weiterberatung.

Schluss nach 8 Uhr.

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Betr. Ausgabe von Lebensmitteln.

Auf Nr. 13 der Lebensmittelkarte kommen für den Monat Juli nachstehende Nährmittel zur Ausgabe:

Schnittlauch	das Pfund zu 0,65 Mk.
Hase: Stück	" " 0,65 "
Morgentrank	" " 0,90 "
Kartoffelstärkemehl	" " 0,75 "
Sago	" " 1,30 "

Die Karten sind bis Montag morgen 9 Uhr in den Geschäften, und die Geschäftsinhaber haben dieselben bis Montag morgen 11 Uhr auf Zimmer 11 im Rathaus abzugeben.

Schierstein, den 5. Juli 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt.

## Herren-Sommer-Kleidung.

### Eleganter Sommerpaletot Mk. 395

echt englisch, reine Wolle, wasserdicht

### Herren-Waschanzüge . . . Mk. 60., 67.

### Waschjoppen . . . Mk. 35., 48., 55., 78.

### Lüster-Sacos . . . Mk. 40., 48., 60., 80., 95.

### Rohseidene u. helle Saccos Mk. 35., 48., 65.

Jünglings- u. Knabengrößen entsprech. billiger.

### Eleg. Damen-Regenmäntel Mk. 325., 345.

echt englisch, la. Gummi

### Eleg. Damen-Regenmäntel und -Jacken

la Seide Mk. 195., 295., 395.

Bruno Wandt, Wiesbaden, Kirchgasse 56.

## Unterstützungskasse „Einigkeit“

Sonntag, den 13. Juli, vorm. 10 Uhr, findet bei unserem Mitglied Wilh. Arnold die vierjährige Mitgliederversammlung statt.

Bericht des Vorstandes und der Revisoren. Aufnahmen. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand.

Eine junge frischmelkende

Ein brüllendes

## Ziege

(einmal gelammt) zu verkaufen. Karlstr. 8.

Zu verkaufen:

1 Bett mit Sprungrahmen und Rohhaarmatratze, neu, Kinderwagen mit Gummibereifung, Badewanne für größere Kinder, 2-sig. Wiegeschaukel und eine Hängeschaukel. Biebricherstraße 21.

## Pulzarbeiterinnen

für gleich oder später bei Jahresstellung gesucht.

Modehaus Ullmann, Wiesbaden, Kirchgasse 21.

## Haus

mit Lagerraum, großem Hof oder Garten zu kaufen gegeben. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

4 Fach

### Schweinefutter

zu verkaufen. W. Lehe Schulstr. 8.

Kirchliche Nachrichten

Evgl. Kirche. Sonntag, 6. Juli 1919.